

**Rede  
des polizeipolitischen Sprechers**

**Karsten Becker, MdL**

zu TOP Nr. 18

**Mehr Polizei für Niedersachsens Sicherheit!**

Antrag der Fraktion der CDU – Drs. 17/4958  
Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Sport –  
Drs. 17/6651

während der Plenarsitzung vom 27.10.2016  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Anrede,

Sie werden in den rot-grünen Koalitionsfraktionen niemanden finden, der gegen mehr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Niedersachsen argumentiert! Das wäre ja auch ein ziemlich inkonsistentes Verhalten: wir erhöhen schließlich bereits seit unserem Regierungsantritt die Personalstellen im Polizeibereich kontinuierlich.

Insofern mag durchaus eine gewisse Einigkeit bestehen.

Was ich aber für bedenklich halte, ist der Kontext, in den Sie Ihre Forderung nach mehr Personal stellen. Bereits in der Überschrift! „Mehr Polizei für Niedersachsens Sicherheit!“

Anrede,

Niedersachsen ist sicher!

Und die Sicherheit im Landes ist eben nicht unmittelbar von der Anzahl der Polizeibeamtinnen und -beamten abhängig. Fragen der

- Organisation
- Ausbildung
- Ausrüstung und
- der sozialen Rahmenbedingungen des Berufes

haben mindestens eine gleichrangige Bedeutung.

Wenn Sie die Frage nach „mehr Polizei“ ausschließlich im Zusammenhang mit „mehr Sicherheit“ diskutieren, ignorieren Sie außerdem, dass wir ausweislich der Daten der Kriminalstatistik bereits heute eine der bundesweit leistungsfähigsten Polizeien haben.

Das sollte vielleicht auch Anlass geben, uns bei den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten für ihr großes Engagement zu bedanken, und dafür, dass sie mit ihrer Arbeit Niedersachsen zu einem der sichersten Bundesländer machen, in dem

- die Gesamtzahl der Straftaten in den vergangenen zehn Jahren um 5,82 Prozent zurückgegangen ist.
- In dem die Zahl der Kriminalitätsoffer zum dritten Mal in Folge, auf den insgesamt niedrigsten Stand zurückgegangen ist.
- und in dem die Aufklärungsquote in den vergangenen zehn Jahren von 55,52 Prozent auf 61,17 Prozent gestiegen ist.

Anrede,

Sie können es also drehen und wenden wie Sie wollen, die Polizei in Niedersachsen kann ihre Aufgaben und die Einsatzlagen mit dem bestehenden Personal offensichtlich erfolgreich bewältigen.

Das bestätigt auch das Ergebnis einer Befragung, die das Innenministerium im Rahmen des „Strategieprozesses 2020“ bei allen 22.000 Polizeibeschäftigten zu den wesentlichen Aspekten ihres dienstlichen Alltags durchgeführt hat.

Nach den alltäglichen Arbeitsbelastungen gefragt, fühlen sich nahezu

- 60 Prozent der Beschäftigten genau richtig gefordert
- und ca. 16 Prozent unterfordert.
- von einer Überforderung sprechen ca. 25 Prozent.

Dieses Gefühl eigener Überforderung müssen wir natürlich ernst nehmen und weiter untersuchen. Insgesamt kann die Belastungssituation damit aber nicht im kritischen Bereich verortet werden, und das muss in diesem Zusammenhang auch hervorgehoben werden.

Anrede,

ein wesentlicher Auslöser der Debatte um mehr Polizei sind natürlich die Stellenabbauprogramme des Bundes und einzelner Länder, in denen die Stärke der Polizeien in den letzten Jahren z. T. deutlich reduziert worden ist.

Während der gesamte Stellenbestand bei allen Polizeien der Länder und des Bundes zwischen 2008 und 2014 um ca. 3.600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter reduziert worden ist, ist die Zahl der Stellen bei der niedersächsischen Polizei um 182 gestiegen.

Dementsprechend haben wir in Niedersachsen gegenwärtig den Höchststand der Polizistenzahlen seit Gründung des Landes.

Im aktuellen Haushalt bilden wir 18.107 Vollzugsbeamtinnen- und -beamtenstellen und 2.240 PK-Anwärterinnen- und -Anwärterstellen ab.

Vor dem Hintergrund dieser Daten lässt sich mit Fug und Recht behaupten, dass die Polizei in Niedersachsen gut aufgestellt und ihren Aufgaben gewachsen ist.

Aber die Anforderungen werden nicht geringer. Im Gegenteil: Sie nehmen zu, einerseits durch die Einsatzlage

- im Wesentlichen der Schutz von Sportveranstaltungen,
- Großdemonstrationen
- und die Unterstützung anderer Bundesländer bei politischen Großveranstaltungen.

Aber natürlich auch durch die Herausforderungen des internationalen Terrorismus. Oder durch neue Kriminalitätsformen, wie der sogenannten Cyberkriminalität.

Und es gibt einen weiteren, ganz profanen Grund: Mit den 102.231 Menschen, die im vergangenen Jahr in Niedersachsen Zuflucht vor Krieg und Verfolgung gefunden haben, ist die Bevölkerung in Niedersachsen um ca. 1,25 Prozent angewachsen.

Und diese Menschen werden im Alltag genauso präsent sein, wie die hier schon seit vielen Jahren lebenden Menschen. Und sie werden

- genauso in Verkehrsunfälle verwickelt werden,
- vor Gefahren geschützt werden müssen,
- Opfer oder Zeugen von Straftaten werden,
- oder auch selbst Straftaten begehen,

wie dies auch bei den Menschen der Fall ist, hier bereits seit vielen Jahren leben.

Die Belastung der Polizei wird also bereits dadurch zunehmen, dass wir in Niedersachsen einfach mehr Menschen geworden sind.

Anrede,

und das sind genau die Gründe, wegen derer wir den Stellenbestand der niedersächsischen Polizei sukzessive aufbauen. Und zwar seit dem Regierungsantritt von Rot-Grün im Jahr 2013. Und ganz ohne Alarmismus!

Sie werden sich erinnern, meine Damen und Herren von der CDU:

Mit Ihrem „Aktivitätsprogramm 3“ hatten Sie noch in Ihrer Regierungsverantwortung die Weichen dafür gestellt, in Niedersachsen 100 Polizeivollzugsstellen abzubauen. Nach unserem Regierungsantritt haben wir die Umsetzung dieser Entscheidung angehalten und den von Ihnen vorgesehenen Stellenabbau verhindert.

Und um Ihr Gedächtnis aufzufrischen: Mit dem 2. Nachtragshaushalt 2015 haben wir 135 zusätzliche Stellen für die niedersächsische Landespolizei geschaffen. 50 Vollzugsstellen durch freiwillige Arbeitszeitverlängerungen über die Ruhealtersgrenze hinaus und 85 Stellen in der Polizeiverwaltung, mit deren Besetzung Vollzugskräfte wieder für den eigentlichen Polizeidienst zur Verfügung stehen.

Und wir haben im laufenden Haushalt 2016 150 zusätzliche Vollzugsstellen – über die zu erwartenden altersbedingten Abgänge hinaus – finanziert.

Damit wird sich der Stellenbestand des Polizeivollzugs im Jahr 2019 (wenn diese zusätzlich eingestellten Anwärtnerinnen und Anwärtner ihr Studium beendet haben) auf einen neuen Höchststand von voraussichtlich 18.257 Stellen erhöhen.

Und diese (über den bloßen Ersatz der altersbedingten Abgänge hinausgehenden) 150 zusätzlichen Stellen werden wir auch für die kommenden Jahre 2017 und 2018 in den Haushalt einstellen.

Und wir befinden uns ja gerade in den Haushaltsberatungen. Gehen Sie mal davon aus, dass wir diesen Weg konsequent fortsetzen.

Ihres Antrags bedarf es insofern nicht, weil die Maßnahmen bereits umgesetzt oder Gegenstand der aktuellen Haushaltsberatungen sind.